

# Im Rathaus gilt: Auch Fragen kostet etwas

Bürgermeister will feste Standards  
für politische Anfragen vereinbaren

Von Sebastian Smulka

**Unna. Wie viel Vertrauen hat eine Stadtverwaltung verdient, wie viel Skepsis aufseiten ihrer Ratsmitglieder kann sie sich leisten? Darüber will Bürgermeister Werner Kolter nun grundsätzlich reden.**

Kolter hatte dazu eine Gesprächseinladung an die Vorsitzenden der Ratsfraktionen angekündigt. Er will mit ihnen klären, in welcher Detailtiefe Anfragen der Politik an die Verwaltung beantwortet werden müssen. Aus Sicht der Stadtverwaltung nehme der Arbeitsaufwand dafür deutlich zu, während die Leistungsfähigkeit des ausgedünnten Personalkörpers immer stärker begrenzt werde.

Anlass für Kolters Vorstoß war eine Auseinandersetzung um die Herkunft der 70 000 Euro Restmittel, mit denen die Stadt nun einen erneuten Rettungszuschuss für die Lindenbrauerei finanzieren kann. Sie hatte sich derart zugespitzt, dass Kämmerer Karl-Gustav Mölle am Donnerstag vergangener Woche fast schon eine Art „Wutrede“ im Haupt- und Finanzausschuss hielt: Die Verwaltung brauche ein Grundvertrauen durch die Politik, sonst könne ihr Handeln nicht mehr ökonomisch orientiert sein. Wenn er Summen wie die hier disku-

tierte bis in die kleinsten Einzelpositionen darstellen soll, müsse er zum Bürgermeister gehen und um mehr Personal bitten. Zuvor hatte Piraten-Fraktionschef Christoph Tetzner erklärt, dass ihm die Darstellung der Stadt als Antwort auf seine entsprechende Anfrage nicht ausreiche. Danach sollten niedrigere Gebäude- und Geschäftsaufwendungen sowie Projektkosten die Einsparung von 70 000 Euro und damit den Rettungszuschuss für die „Linde“ ermöglicht haben.

Das Verständnis für den Kämmerer hält sich allerdings in Reihen der Politik in Grenzen. Gerade in Bezug auf die „70 000-Euro-Frage“ hatte Mölle in seinem Redebeitrag erkennen lassen, dass ihm Einzelpositionen bis hin zu günstigeren Heiz- und Telefonausgaben durchaus bekannt seien. „Er hat sie ja benötigt, um die 70 000 Euro auszurechnen. Warum schickt er sie nicht einfach an den Drucker?“, fragt sich Piraten-Ratsherr Christoph Tetzner. FW/FLU-Fraktionschef Klaus Göldner rät der Stadt zu einer offeneren Kommunikation: Das Thema hätte sich vermutlich gar nicht erst so sehr aufgeschaukelt, wenn die Stadt einfach gesagt hätte, „dass die 70 000 Euro aus einem Sammelsurium von Kleckerbeträgen stammen“.